

Susanne
Gaschke

Volles Risiko

Was es
bedeutet,
in die Politik
zu gehen



DVA

Susanne Gaschke
VOLLES RISIKO

Susanne Gaschke

VOLLES RISIKO

Was es bedeutet,
in die Politik zu gehen

Deutsche Verlags-Anstalt



Verlagsgruppe Random House FSC® No01967

Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier

Munken Premium Cream liefert Arctic Paper Munkedals AB, Schweden.

1. Auflage

Copyright © 2014 Deutsche Verlags-Anstalt, München,

in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Typografie und Satz: DVA/Brigitte Müller

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-04659-8

www.dva.de

INHALT

NACHHER 9

PLÖN 15

Wie ich Journalistin wurde

Beschrieben werden 17

Als die Ex-Kollegen Kollegen waren 19

In der *Zeit* 20

DER PLAN 25

Warum ich in die Politik gehen wollte

Demokratie gibt es nicht im Abo 26

Was tun gegen hermetische Politik? 28

Aus der Textbausteinkiste 30

Wer soll es denn machen? 32

Antreten? Oder lieber doch nicht? 34

Stegner 36

Kandidatin der Basis 37

WAHLKAMPF 40

Nominiert sein allein genügt nicht

Von Materialschlacht kann keine Rede sein 41

Samstags bei Edeka 43

Die Kampagne 44
Plakatkunst 47
Ausdauertraining 49
Die Mitbewerber 51
»Was kriegen wir dafür?« 53
Zumutungen, Peinlichkeiten, Programmtrümmer 55
Zielgerade 59

RATHAUS 63

Ein bisschen wie »Plötzlich Prinzessin«

Protokollfragen 65
Verfassungssalat 68
Ehrenamt 71
Der Stab 76
Die Arbeit 80
Herr Weiss 81
Ein Tag draußen 83
Das Büro 88

LICHT UND SCHATTEN 91

Was in einer Stadt geht – und was nicht

Kiel wächst 96
Konversionsfragen 100
Wirtschaft 103
»Versprechen Sie niemals Schilder« 105
Aufsichtsräte 106
Zoff mit Ramsauer 108
Spottenplatten und Bürgernähe 111
Broken Windows 112
Führungsstil 115

KIELER WOCHE 118

Eine Unterschrift, die alles verändert

Der 21. Juni 2013 120

Ein Steuerdeal? 123

Kontrolle oder Vertrauen 125

Immer im Doppelpack 127

ALBTRAUM 137

Du kannst nicht entkommen

Hart am Wind 138

Wahlkampfmanöver 142

Die Unzuverlässigen 145

Tränenrede 148

Ratsmehrheit mit Gedächtnisschwund 150

Die Macht des Innenministeriums 152

Es geht los 157

In Brest 160

Die Deiche sichern 163

Einmischung 165

E-MAIL VON TORSTEN 168

Die Rolle des Ministerpräsidenten

Nett oder nicht nett? 169

Keine Befangenheit, nirgends 173

Freunde sind wir nicht 175

Spießbrutenlaufen 177

»Fehler, über die man stürzt« 179

Der Innenminister fühlt sich genötigt 181

Wie man es schwerer macht 185

Die Obrigkeit hat immer recht 188

Krisenmontag 190

Der beste Spin aller Zeiten 195
Negative campaigning 198
Lange nichts gehört von: den Grünen 202
Es geht immer noch schlimmer 204
Burgfrieden 207
Eskalation total 208

SKANDAL 216

Wie man einen Menschen plant

Durch den Wolf gedreht 219

Die Mechanismen der Skandalisierung 221

Die Welle 223

Verzeihung? 229

WIE ES WEITERGEHT 233

Chronologie 247

Dank 253

NACHHER

Es ist Montag, der 28. Oktober 2013, Mittagszeit. Gerade bin ich von meinem Amt als Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel zurückgetreten. Draußen fegt Orkan Christian durch die Straßen. Mein Mann, unsere Tochter, die engsten Mitstreiter aus dem Rathaus, mein Anwalt und ich kämpfen uns durch die Böen zu einem Lokal am Wasser. Regenschirme klappen um, Papierfetzen wirbeln durch die Luft, erste Blitze zucken am Himmel. Das Essen verläuft den Umständen entsprechend fröhlich. Ich bin diesen Menschen, für die ich in den vergangenen Wochen eine schlimme Belastung gewesen sein muss, dankbar, dass sie hier mit mir sitzen.

Plötzlich fliegen draußen an den großen Glasfenstern Tische und Stühle vorbei. Der Sturm hat noch einmal aufgedreht. Dann erklingt ein schriller Klingelton: Das Gebäude muss evakuiert werden, weil die Dachplatten sich zu lösen beginnen. Wenn das hier ein Roman wäre, denke ich, fände ich das mit dem Wetter aber ein bisschen dick aufgetragen.

Es ist kein Roman. Es ist sozusagen ein Bericht von der anderen Seite.

Das Jahr 2013 ist das glücklichste und das schrecklichste Jahr meines Lebens gewesen. Hinter mir liegt eine ziemlich seltene Erfahrung: der Wechsel aus dem politischen Journalismus in die politische Arena. Dieser Wechsel hat, wie man am Rücktritt unschwer erkennen kann, am Ende nicht funktioniert. Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wie sehr ich mir dieses

Ergebnis selbst zuzuschreiben habe. Und es gäbe vermutlich gute Argumente dafür, die Geschichte nicht zu erzählen – zum Beispiel, weil man in eigener Sache notwendig befangen ist.

Ich behaupte nicht, dass diese Geschichte objektiv ist: Wie sollte sie? Aber dass die Tatsachen und Beobachtungen, von denen ich berichte, wahr sind, davon bin ich überzeugt. Dass man über einige der Dinge, die ich im politischen Betrieb gesehen habe, sehr ernsthaft diskutieren muss, scheint mir auf der Hand zu liegen. Dass es Fehlentwicklungen in unserer Mediengesellschaft gibt, die so nicht akzeptiert werden dürfen, habe ich am eigenen Leib erfahren. Und zu dem »Steuerdeal«, über dessen Skandalisierung ich schließlich gestürzt bin, hätte ich jetzt selbst noch einige Fragen.

Diese Geschichte spielt in Schleswig-Holstein, in der Landeshauptstadt Kiel. Das Bundesland ist meistens nicht besonders aufregend – »zwischen Nässe und Nichts« verortet der Dichter Günter Kunert seine Wahlheimat. Hier seien »die bergenden Nebel zuhaus/und die Wikinger seit langem archiviert«, heißt es in seinem Gedicht »Bei Itzehoe«. Mitbürger aus spannenderen Teilen der Bundesrepublik denken bei Schleswig-Holstein an die Autobahn nach Sylt oder Dänemark, an Rapsfelder, Schafe auf grünen Deichen und vielleicht an Windenergie.

Doch alle paar Jahre gerät »Kiel« in die bundesweiten Schlagzeilen: als Ort, wo politische Auseinandersetzungen mit einer Kompromisslosigkeit und Härte geführt werden, die in Deutschland ihresgleichen suchen. Auch wenn die Details oftmals vergessen sind, gehören die »Barschel-Affäre« (1987: illegale Machenschaften in der Staatskanzlei; Tod des CDU-Ministerpräsidenten Barschel unter bis heute ungeklärten Umständen), die »Schubladen-Affäre« (1993: Rücktritt des SPD-Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Björn Engholm) und der »Heide-Mord« (2005: viermalige Nichtwiederwahl der SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis in geheimer Abstimmung) zu den aufsehenerregenden

Skandalen der Republik. Und es scheint, als müssten die jüngsten Kieler Ereignisse, an denen ich selbst unfreiwillig teilhatte, in diese Reihe von Skandalen eingeordnet werden: Diesmal geht es um nicht weniger als staatlichen Machtmissbrauch zur Lösung eines innerparteilichen Konflikts. Es geht um das beispiellose Verhalten eines Ministerpräsidenten und seiner Landesregierung – unter den Augen einer Lokalpresse und einer Opposition, die die Tragweite der Vorgänge in der aufgeputzten Situation nicht erkannten, vielleicht nicht erkennen konnten. Das ist eine starke These, ich weiß: Doch dieses Buch wird sie mit den bekannt gewordenen Fakten belegen. Wie gut das am Ende gelingt, müssen die Leserinnen und Leser selbst entscheiden.

Das regelmäßige Aufflackern des Kieler Extremismus ist nicht ganz leicht zu erklären, aber es gibt zumindest ein paar mögliche historische Ursachen. Sowohl SPD als auch CDU vertraten in Schleswig-Holstein stets zugespitzte Positionen: Die Sozialdemokraten gaben sich besonders progressiv, sie propagierten schon in den späten vierziger Jahren die sechsjährige Grundschule und bekämpften schon in den siebziger Jahren erbittert die Atomkraft – gegen den damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die inzwischen längst zum Klischee geronnene Rede vom »dickschädeligen linken Landesverband« stammt aus dieser Zeit. Und es war der Landesvorsitzende Jochen Steffen (1965–1975), der als »roter Jochen« ganze Generationen von Landespolitikern zu einem radikalen Selbstverständnis erzog. Heute pflegt der zugezogene Ralf Stegner dieses fragwürdige Erbe, ohne dass es noch durch inhaltliche Radikalität gedeckt wäre. Aber die Links-Folklore hält sich hartnäckig. Und sie ist auch nützlich, wenn man auf der Bundesebene Bedeutung ertrotzen will.

Gleichzeitig war die CDU in Schleswig-Holstein besonders konservativ: Sie hatte den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), die reaktionäre Partei der Vertriebenen und NS-Belasteten, aufgesogen und die Verfolgung der zahlreichen NS-

Belasteten als erstes Bundesland zurückgefahren. Sie ließ in den sechziger Jahren in vielen Gemeinden ein Schild mit der Aufschrift »3 geteilt niemals!« aufstellen, um den Anspruch auf die deutschen Grenzen von 1937 zu bekräftigen. Es war eine CDU-Landesregierung, die bei den Protesten gegen das Atomkraftwerk Brokdorf in großem Stil Demonstranten von der Polizei zusammenknüppeln und mit tieffliegenden Hubschraubern vertreiben ließ.

Schleswig-Holstein war politisch in zwei Lager gespalten: Zwischen beiden wurde der Abstand immer knapper. Seit 1975 legte die SPD kontinuierlich zu. Bei der Landtagswahl 1979 fehlten 1300 Stimmen für einen Regierungswechsel. Die Fronten zwischen den Parteien waren verhärtet, der Umgangston scharf.

1987 erschütterten »Barschels schmutzige Tricks« (*Spiegel*) die Republik: Der CDU-Ministerpräsident hatte seinen Referenten Reiner Pfeiffer aus der Staatskanzlei heraus Wahlkampf führen und den SPD-Hoffnungsträger Björn Engholm verunglimpfen und einschüchtern lassen. Das kostete Barschel das Amt und wohl am 11. Oktober 1987 auch das Leben, wobei die These von seinem Selbstmord bis heute umstritten ist. Bei der Wahl am 8. Mai 1988 errang Engholms SPD die absolute Mehrheit – und fühlte sich nun nicht länger allein aufgrund ihrer linken Dickschädeligkeit, sondern auch als Opfer der CDU-Machenschaften als die moralisch unangreifbare Instanz in Schleswig-Holstein.

Diese Selbstwahrnehmung wurde erschüttert, als 1993 in der sogenannten »Schubladenaffäre« bekannt wurde, dass Engholm und die SPD-Spitze deutlich früher von Rainer Pfeiffers Aktivitäten gewusst hatten, als sie bisher zuzugeben bereit gewesen waren – offenbar hatten sie befürchtet, dass ihnen Protest gegen dessen Umtriebe als Wahlkampfmanöver ausgelegt worden wäre. Im Zusammenhang mit dieser Affäre gab es in der SPD erbitterte Diskussionen und einen harten Selbstreinigungsprozess, der mit Engholms Rücktritt begann, nachdem unbestreitbar war, dass er drei Parteitage über sein Mitwissen belogen hatte.

Engholms Nachfolgerin Heide Simonis wurde 2005 Opfer eines anonymen Heckenschützen aus den eigenen Reihen, der ihr im Landtag in vier Wahlgängen die Stimme für die Wiederwahl als Ministerpräsidentin verweigerte, obwohl bei der vorherigen Probeabstimmung alles in Ordnung gewesen war. Damit war der Versuch einer Regierungsbildung von SPD, Grünen und Südschleswigischem Wählerverband (SSW) gescheitert; die SPD trat als Juniorpartner in eine Große Koalition unter der Führung von Peter Harry Carstensen (CDU) ein. Ideologisch war das längst kein Problem mehr: Die Parteien hatten sich inhaltlich angenähert; so verständigten sie sich beispielsweise nach jahrzehntelangem erbittertem Schulkampf fast mühelos auf ein Gemeinschaftsschulmodell, das nüchtern und pragmatisch den sinkenden Schülerzahlen auf dem Land Rechnung trug. Was aber fortlebte, war der harte, kompromisslose persönliche Umgang miteinander.

Ministerpräsident Carstensen entließ schließlich den ständig quertreibenden Minister Stegner; die Koalition mit der SPD wurde zunächst fortgesetzt, zerbrach dann aber vorzeitig. Aus den Neuwahlen gingen CDU und FDP als Sieger hervor. Doch auch diese Regierung endete verfrüht, da das Landesverfassungsgericht aufgrund von Wahlanfechtungen vorgezogene Neuwahlen ansetzte. 2012 gewannen dann SPD und Grüne wieder eine Ein-Stimmen-Mehrheit im Landtag – aber nur im Bund mit der dänischen Minderheit, die von der Fünfprozenthürde befreit ist.

Ein verletzender, wenn nicht gar auf persönliche Vernichtung des Gegners zielender Politikstil ist in Schleswig-Holstein erhalten geblieben. Und dieser Gegner kann durchaus in den eigenen Reihen stehen. Die SPD beharrte sich monatelang, als der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig 2010/11 gegen den SPD-Landeschef Ralf Stegner antrat, um Spitzenkandidat für die Landtagswahl zu werden. Die CDU büßte unterdessen ihren Spitzenkandidaten und designierten Peter-Harry-Carstensen-Nachfolger ein, weil die

Nachher

eigenen Leute Details über dessen Privatleben an die Presse durchgestochen hatten.

Und als ich 2013 als Oberbürgermeisterin öffentlich auf die Mitverantwortung meines Amtsvorgängers Torsten Albig in einem 15 Jahre alten Kieler Steuerfall hinwies, der im Bundestagswahlkampf zum Politikum geworden war, setzte die Landesregierung alles in ihrer Macht Stehende daran, mich zum Schweigen zu bringen.

Eine vergleichbar polarisierte Lage zwischen den politischen Lagern und in den großen Parteien konnte man über Jahrzehnte allenfalls in Hessen beobachten; dort eskalierten in der SPD die Dinge nach der Ypsilanti-Affäre im Jahr 2008. Dem neuen Landesvorsitzenden Torsten Schäfer-Gümbel ist es aber mit bemerkenswertem Geschick gelungen, die verfeindeten Flügel miteinander zu versöhnen und die tiefen Verletzungen der vergangenen Jahre zu heilen. Ein solcher Prozess – mit einer klaren Analyse, welche Regeln verletzt und welche Grenzen überschritten wurden – steht für die SPD in Schleswig-Holstein noch aus. Und ob das Land insgesamt den seltsamen Extremismus in seiner politischen Kultur jemals abschütteln wird, ist eine offene Frage.

PLÖN

Wie ich Journalistin wurde

Es ist ein düsterer Novembertag des Jahres 1996. Im nicht weniger düsteren Großraumbüro der Lokalredaktion der *Kieler Nachrichten* in Plön steht ein Mann und schreit.

Er schreit, so wird langsam klar, wegen etwas, das ich geschrieben habe. Wegen eines Kommentars in der heutigen Lokalausgabe. Wenn ich richtig höre, dann schreit er, dass ich sein Lebenswerk vernichtet habe. Vielleicht auch sein Leben. Was habe ich getan?

Ich bin 28 Jahre alt und Volontärin bei den *Kieler Nachrichten*, kurz *KN*. Zuvor habe ich Anglistik, Öffentliches Recht und Pädagogik studiert. Ich habe promoviert und zwei Jahre lang als freie Journalistin gearbeitet: für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, den NDR, die *Zeit*. Dort in Hamburg, bei der *Zeit*, habe ich gerade eine halbjährige Hospitanz absolviert. Es war wundervoll, ich wäre gern geblieben: Aber aktuell hatten sie keine Stelle für mich. Umso froher bin ich darüber, dass der Chefredakteur meiner Heimatzeitung mir die Chance gibt, ein journalistisches Volontariat zu absolvieren. Zwar kann man sich in unserem Beruf irgendwann auch mit Arbeitsproben ausweisen. Doch es scheint mir viel solider, das Handwerk noch einmal richtig zu erlernen.

Anders als manche Volontärskollegen gehe ich sehr gern in die Umlandredaktionen, wo immer einmal jemand aufgrund von Krankheit oder Erziehungsurlaub (so hieß es in den neunziger Jahren noch) ausfällt. Das liegt daran, dass ich leidenschaftlich gern

schreibe, während mir das elektronische Redaktionssystem, mit dem die Redakteure seit Abschaffung der Setzereien die Zeitungsseiten selbst umbrechen müssen, ein Buch mit sieben Siegeln ist. Ich habe einfach keinerlei Talent für das Layouten, und ich schaffe es kein einziges Mal, Texte, Bilder und Überschriften so auf einer Seite zu verteilen, dass es auch nur entfernt richtig aussieht. Deshalb schreie ich immer begeistert »Hier!«, wenn irgendwo draußen eine Vertretung gesucht wird.

Und nun also Plön. Hier ist am Vortag – wie überall in der Bundesrepublik, nur dass man im protestantischen Norden vielleicht etwas weniger damit gerechnet hätte – die Karnevalssaison eröffnet worden. Aus diesem Anlass hat der hiesige Karnevalsverein eine Pressekonferenz gegeben, um über die geplanten Aktivitäten für die bevorstehende Session zu berichten. Die Einladung war per Post bei der Zeitung eingegangen, und der Lokalchef hatte bestimmt, dass ich diesen Termin wahrnehme.

Ich finde mich also mit zwei Kollegen von lokalen Anzeigenblättern in der entsprechenden Gaststätte ein. Und stelle fest, dass ich ein kleines Problem habe, denn der Karnevalsverein lässt per Satzung keine Frauen als Mitglieder zu. Was in der Interpretation des Vorstandes bedeutet, dass Frauen auch nicht an der Pressekonferenz teilnehmen dürfen. Weder meine Frage, wie ich denn bitte meine Arbeit machen solle, noch der Einwand, dass es doch wohl besser für den Verein sei, wenn über sein Programm tatsächlich berichtet werde, können ihn umstimmen. Also stapfe ich wutschnaubend zurück in die Redaktion und verfasse einen Kommentar, in dem ich das absolut verdammungswürdige Hinterwäldlerische der Plöner Karnevalisten im Allgemeinen und ihres Vorstandes im Besonderen anprangere. Richtig scharf formuliert, versteht sich.

Beschrieben werden

Es ist die Reaktion auf meinen Text, die diesen Funktionär des Frohsinns am nächsten Tag im Büro der *Kieler Nachrichten* herumschreien lässt. Und ich lerne eine wichtige Lektion: dass wir nämlich mit dem Schreiben und Veröffentlichen von Artikeln in das Leben von realen Menschen eingreifen. Dass Betroffene sich als ohnmächtig empfinden, wenn sie das Gefühl haben, ungünstig dargestellt zu werden. (Sie sind es auch weitgehend.) Dass sie sich bloßgestellt fühlen vor Familie, Nachbarn, Freunden, Vereinskameraden, Geschäftspartnern. Dass wir also sehr sorgfältig sein müssen im Umgang mit den Fakten, über die wir berichten. Und dass wir uns fragen müssen, ob unsere im Kommentar zum Ausdruck gebrachte starke Meinung den Schaden wert ist, den sie für den Kritisierten anrichtet. Stimmen die Proportionen? Es ist Plön, nicht Berlin! Ein Freizeitverein, nicht die Bundesregierung! Karneval, nicht Krieg! Verbessert der Kommentar die Wirklichkeit? Oder befriedigt er vor allem die Autoreneitelkeit? Diese Fragen bleiben übrigens sowohl im weiteren Verlauf meines Volontariats als auch bei späteren Gesprächen mit Kollegen (und Journalisten sind sehr selbstreferenziell) eigenartig unterbelichtet.

Ich jedenfalls habe ein schlechtes Gewissen. Ich finde die Männer-Exklusivität der Plöner Karnevalisten immer noch bekloppt. Aber der arme Vereinsobere musste nicht damit rechnen, dass ihm eine feministische Kampfkatze an den Hals springt. Für den langsamen kulturellen Fortschritt in der Region hätte vielleicht auch ein Anruf des Lokalchefs gereicht.

Das Schöne am Lokaljournalismus ist das Gleiche, was an der Kommunalpolitik schön ist: Beide sind sehr konkret und befassen sich mit dem, was das Leben der Menschen im Alltag bestimmt. Wenn es einem dann noch gelegentlich gelingt, die Dinge vor Ort in ein größeres Gesamtbild einzuordnen, dann ist das Lokale über-

haupt nicht provinziell, sondern seismografisch. In Plön schreibe ich über die Kirche, die ihren Gottesdienst auf elf Uhr verlegt, weil die Leute am Sonntag um zehn nicht mehr kommen. Ich schreibe über den letzten mobilen Landhändler, der in den Ruhestand geht. Über den Landfrauenverein, der zum gemeinsamen Kochen mit Migrantinnen einlädt. Unterwegs mit dem Großtierarzt treffe ich morgens um sechs beim Melken einen jungen Bauern, der bis vier Uhr in der Disko war. Schon klar, dass viele ältere Bauern keinen Nachfolger finden, der sich ihre Arbeitszeiten antut. Ich berichte über die Schwierigkeiten eines Gourmetrestaurants auf dem Lande (erste Gentrifizierungsdebatten auch hier). Und darüber, was die Kinder im schicken Schlossinternat gegen Heimweh tun.

Ins Kreishaus, wo der Landrat residiert, komme ich in meiner Plöner Zeit nie; derlei ernsthafte Berichterstattung übernimmt der Lokalchef. Aber ich fahre kreuz und quer durch den Kreis und lerne die Landschaft und die Mentalität ein bisschen kennen. Mein Eindruck ist, dass die Menschen in dieser Gegend zwischen den vielen Seen und sanften Hügeln tendenziell konservativ sind, aber sehr freundlich und offen. In den kleinen Städten gibt es auch ein grün-protestantisches Milieu, in dem man für Welt-Läden und gegen Atomkraft ist.

Nach Plön werde ich auch noch einige Wochen im Nachbar-kreis Rendsburg-Eckernförde verbringen. Dort kommen mir die Leute verschlossener vor, die Arbeit für die Zeitung ist irgendwie mühsamer. Falls es wirklich spürbare Mentalitätsunterschiede zwischen zwei benachbarten Landkreisen in Deutschland geben sollte, denke ich später manchmal, wenn am *Zeit*-Konferenztisch Meinungen über Asien ausgetauscht werden, dann sollte man mit allgemeinen Urteilen über ganze Kontinente vielleicht vorsichtig sein.

Als die Ex-Kollegen Kollegen waren

Irgendwann ist die Landverschickung vorbei und ich durchlaufe in Kiel die Wirtschaftsredaktion, die Lokalredaktion und die Politikredaktion. In jeder dieser Abteilungen lerne ich Kollegen kennen, mit denen ich wieder zu tun bekommen soll, als ich 16 Jahre später in Kiel Oberbürgermeisterin werde: Da ist der reizende radikalliberale Wirtschaftschef, mit dem ich in keinem einzigen politischen Punkt einer Meinung bin – aber er ist jemand, der Diskussion und Widerspruch schätzt und Leute mit eigenen Ansichten mag. Außerdem empfiehlt er interessante Tablettenkombinationen für den Fall zu intensiven Rotweingenusses. Ein toller Mensch, der Jahre später meine Kandidatur als einer von wenigen *KN*-Redakteuren gut findet.

Dann ist da eine Frau Mitte, Ende vierzig, mit der ich zeitweise in der Lokalredaktion ein Büro teile. Wir lachen uns gemeinsam kaputt über den größten Blödsinn, von Anti-Faltencremes bis zum aktuellen Rathaustratsch (wer mit wem). Es ist ein sehr vergnügliches Arbeiten. Und ich werde nie verstehen, warum diese Kollegin später – als ich die innerparteiliche Nominierung gewonnen habe und Oberbürgermeisterkandidatin der SPD bin – einen der gehässigsten Artikel schreibt, die in meiner gesamten Kandidatur- und Amtszeit erscheinen: »Gaschkes Kandidatur spaltet die Nord-SPD«. Die anonymen sozialdemokratischen Quellen, auf die sie sich darin offenbar ausschließlich stützt und die meine komplette Unfähigkeit und mangelnde Qualifikation für das Amt zu Protokoll geben, müssen, wie ich sie kenne, sehr hochrangig und sehr überzeugend gewesen sein. Unter dieser Art Pressebegleitung echten Wahlkampf gegen den echten politischen Gegner zu machen, wird schwer. Und das wissen die Genossen, die sich hier einlassen, ohne ihr Gesicht zu zeigen, auch ganz genau.

In der Politikredaktion schließlich begegne ich einem Mann, wenig älter als ich vielleicht, der gerade von einem Ausflug als

Pressesprecher eines SPD-Landesministers in die Zeitung zurückgekehrt ist. Mir kommt es so vor, als ob er eine große Ernüchterung mit zurückgebracht hat. Vielleicht war seine Zeit in der Politik nicht erfreulich, wer weiß. Wir jedenfalls verstehen uns nicht gut. Und das ändert sich auch nicht, als er Jahre später Chefredakteur der *Kieler Nachrichten* ist – und ich Oberbürgermeisterin werde.

Neben meinem Volontariat habe ich regelmäßig weiter für die *Zeit* geschrieben, und irgendwann kommt der ersehnte Anruf vom damaligen Hamburger Politikchef: Ob ich denn noch Lust hätte, bei ihnen zu arbeiten? Es gebe da jetzt eine Jungredakteursstelle. Und ob ich Lust habe.

Der alte Kieler Chefredakteur ist sehr freundlich und entgegenkommend. Er verkürzt meine Ausbildungszeit und sorgt dafür, dass ich schnell die Stationen durchlaufen kann, die mir noch fehlen. Er ist ein fairer, kollegialer Typ. Er hat auch stets versucht, das negative Image, das den *Kieler Nachrichten* aus der Nachkriegszeit als CDU-Lizenzzeitung anhing, durch einen besonders liberalen Kurs aufzupolieren. Die Belegschaft schätzt, ja liebt ihn geradezu – ausgenommen vielleicht seine Entscheidung für einen Nachfolger, über den die Meinungen auseinandergehen: ebenjenen Chefredakteur, mit dem ich es später so schwer haben werde.

In der »Zeit«

In der Hamburger Politikredaktion bin ich mit Abstand die Jüngste und dazu eine der wenigen Frauen mit Nachwuchs. Die Männer haben natürlich fast alle Kinder. Mein Mann engagiert sich überdurchschnittlich bei der Betreuung unserer Tochter – das wird erst schwieriger, als er 1998 für den Wahlkreis Kiel in den Deutschen Bundestag gewählt wird. Aber mit einer großartigen Tagesmutter, mit Unterstützung durch meine Eltern und einigem Organisationsaufwand bekommen wir die Sache irgendwie hin, ohne dass unsere Tochter allzu kurz kommt.

Dass mein Ehemann Hans-Peter Bartels in der SPD ist, dass auch ich in der SPD bin, AStA-Vorsitzende war und früher bei den Jusos aktiv, ist in Hamburg bekannt – und die alte *Zeit*-Garde, die damals noch die Geschicke der Zeitung bestimmt, stört das nicht. Sie finden es eher interessant angesichts der Tatsache, dass ihnen die jungen Leute der neunziger Jahre zunehmend unpolitisch vorkommen. Marion Gräfin Dönhoff, Theo Sommer, Dieter Buhl, Haug von Kuenheim, Nina Grunenberg – das sind Persönlichkeiten, die anderen genug Persönlichkeit zutrauen, um auch über die »Behinderung« einer Parteimitgliedschaft hinweg klug, gewissenhaft und tatsachenfest zu berichten. Sie haben ja beispielsweise ihren Alt-Verleger Gerd Bucerius vor Augen, der für die CDU im Bundestag saß – und trotzdem keinen Einfluss auf seine Redakteure nahm, wenn sie die Union angingen. Oder den kurzzeitigen FDP-Abgeordneten Rudolf Augstein vom *Spiegel*.

Theo Sommer hatte für Helmut Schmidt im Planungsstab des Verteidigungsministeriums gearbeitet; der legendäre Politikchef Kurt Becker war Regierungssprecher gewesen. Und der höchstrangige Seitenwechsler aus der Politik in die Publizistik war natürlich Helmut Schmidt selbst, mit dem allfreitäglich am Konferenztisch zu sitzen ich nun 15 Jahre lang die Ehre haben würde. Wer ihm einen parteipolitischen Vorbehalt unterstellt hätte, hätte sich sehr lächerlich gemacht. Später wurde Michael Naumann ein herausragender *Zeit*-Chefredakteur – nach seiner Zeit als Staatsminister für Kultur in Gerhard Schröders rot-grüner Bundesregierung.

Ich befasse mich mit diesem Punkt so ausführlich, weil ich glaube, dass sich im Journalismus der vergangenen 15 bis 20 Jahre etwas geändert hat – und nicht nur zum Guten. Die alten Journalisten mit ihren Biografien, mit ihren Schicksalen und persönlichen Widersprüchen unterlagen nicht der Illusion, es gäbe eine quasinaturwissenschaftliche Möglichkeit, über irgendeine Frage das absolut Wahre zu schreiben. Ihnen war klar, dass jeder Mensch erkenntnisleitende Interessen hat – und dass auch jeder

Redakteur sein Material danach auswählt und komponiert. Sie erwarteten von ihren Kollegen, diesen Prozess bewusst zu reflektieren. Natürlich mussten die Fakten stimmen. Natürlich gehörten Ausgewogenheit und Fairness zum guten Handwerk. Aber am Ende zählte das bessere Argument. Ein kluges Pro-SPD-Argument konnte also im äußersten Falle sogar von einem SPD-Mitglied stammen. Ein Anti-SPD-Argument selbstverständlich auch. Ein Journalist durfte als linker Journalist oder rechter Journalist oder liberaler Journalist erkennbar sein. Dem Publikum, das ja auch links, rechts, liberal oder Gott weiß was sein mochte, gestand man die Souveränität zu, damit umzugehen.

Heute ist es im Journalismus weitgehend verpönt, weltanschaulich identifizierbar zu sein. Es ist, als dürfe man auf keinen Fall mehr riskieren, die eigene Urteilskraft durch irgendeine scheinbare Abhängigkeit oder Leidenschaft zu kompromittieren.

Das führt, erstens, zu langweiligeren Artikeln. Und zweitens birgt es eine echte Gefahr: den Objektivitätswahn einer ganzen Journalistengeneration. Parallel zum Neoliberalismus, der ja auch vorgibt, auf Fragen der Steuerpolitik, der Arbeitsmarktpolitik oder überhaupt staatlicher Regulierung die einzig wahren, objektiv richtigen Antworten zu kennen, hat sich ein neues journalistisches Selbstverständnis entwickelt: Ich bin weltanschaulich unabhängig, also neutral, also objektiv; also ist das, was ich schreibe, die saubere, wahre Schiedsrichterposition. Der Ton der besserwisserischen Schiedsrichterei hat den politischen Journalismus in den vergangenen Jahren immer stärker geprägt.

Ich hatte bei der *Zeit* wunderbare Arbeitsbedingungen. In der Politikredaktion konnte ich mir nahezu alle Themen aussuchen, die mich interessierten: selbstverständlich die SPD; allgemein die Linke in Deutschland und Kapitalismuskritik; Frauen-, Familien-, Bildungs-, Kinder- und Jugendpolitik; die »Generation Berlin«; die digitale Moderne; die Bundeswehr. Ich erfuhr freundlichste Unterstützung, zum Beispiel durch Marion Gräfin Dönhoff, die

mich einmal im *Stern* unter der Überschrift »Stars 2000« als ihre hoffnungsvollste Nachwuchsjournalistin vorstellte.

Während ich bei der *Zeit* arbeitete, schrieb ich politische Bücher, hielt Vorträge, trat in Radio- und Fernsehdiskussionen auf. Und in meinem letzten Jahr in der Redaktion verfasste ich nicht nur Artikel für den Politikteil, sondern hatte auch eine wöchentliche Kolumne unter dem Titel »Immer schlimmer – Ansichten einer Kulturpessimistin«. Wobei das nur leicht ironisch gemeint war: Ich fand stets, dass es sicherer sei anzunehmen, dass der Fortschritt nicht immer und automatisch und von selbst großartig ist.

In der ersten Ausgabe dieser Kolumne stellte ich mich vor und formulierte auch ein spielerisches Sofortprogramm für meine Heimatstadt Kiel: »Deutschland ist das Land der kleineren Großstädte, der Städte wie Kiel eben. Wenn man Kiel versteht, kann man Deutschland nicht missverstehen. Meine Ziele für Kiel: Wiedereröffnung des Flughafens. Ansiedlung eines Sternerestaurants und einer seriösen Fischbrötchenbude. Sprengung von Teilen der Innenstadt.« Damals hatte ich allerdings – anders, als ein lieber Kollege später in einem Abschiedsartikel für mich mutmaßte – noch nicht den Entschluss gefasst, aus der Sphäre des politischen Journalismus in die aktive Politik zu wechseln.

Das geschah erst, nachdem sich der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig in einem Mitgliederentscheid klar gegen den unpopulären SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner durchgesetzt hatte und als Spitzenkandidat hauchdünn die schleswig-holsteinische Landtagswahl 2012 gewann. Ich hatte Albig unterstützt. Wie viele andere war ich allerdings sprachlos, als er dann einen Tag nach seinem erdrutschartigen Sieg in der Partei sofort den Schulterschluss mit Stegner suchte. Doch so oder so: Mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit in einer Dreier-Koalition aus SPD, Grünen und dem Südschleswighen Wählerverband gelang es Albig, tatsächlich Ministerpräsident zu werden. Die CDU blieb allerdings bei der Landtagswahl überraschend die stärkste Partei, obwohl ihr populärer Spitzenmann

Peter Harry Carstensen nicht wieder antrat und dessen Nachfolger noch vor der Wahl durch einen Ersatzkandidaten abgelöst werden musste. Der Oberbürgermeisterposten in Kiel war jetzt verwaist. Als quasinatürlicher Nachfolger galt der Kieler SPD-Kreisvorsitzende, aber der wollte dann doch lieber Staatssekretär in Albig's Kabinett werden, als die mühsame Kandidatur auf sich zu nehmen. Im Nachhinein verstehe ich ihn gut.

Als es auf weiter Flur keine anderen Bewerber gab, dachte ich, dass der richtige Zeitpunkt gekommen sei für eine sozialdemokratische Kandidatin, die *Wählerinnen* ebenso ansprechen könnte wie Wähler der bürgerlichen Mitte – gerade weil sie kein Polit-Apparatschick, sondern eine politische Bürgerin war. Ich kannte und liebte meine Heimatstadt Kiel. Ich wusste, wo man nie einen Parkplatz bekam. Wie jedes Gespräch unter engagierten Kielern sich unweigerlich der ruinierten Innenstadt zuwandte. Ich kannte über meinen Mann viele Themen der Marine, überhaupt der Bundeswehr vor Ort. Ich hatte mich mit der Schullandschaft beschäftigt und für meine Artikel in vielen sozialen Einrichtungen recherchiert. Ich konnte die lokalen Erfahrungen eines ganzen Lebens mit überregionaler Berufserfahrung und einer weiteren Perspektive verbinden. Gewiss: Eine große Verwaltung hatte ich noch nicht geleitet. Ebenso wenig wie meine drei Vorgänger im Amt. Mir schien das also insgesamt ein gutes Angebot für die Kieler Wählerinnen und Wähler.

DER PLAN

Warum ich in die Politik gehen wollte

Als ich Schülerin und Studentin war, also in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, neigten die Deutschen sehr zu Angst und Alarmismus. Sie fürchteten sich vor Atomtod, Dioxin und Waldsterben – auch wenn gerade keine konkrete Bedrohung zu sehen oder zu spüren war.

Kurzfristige Aufregungskultur gibt es heute immer noch. Aber das Grundgefühl des neuen Jahrtausends ist eher Fatalismus: Wir leben so, als ob es manche beunruhigenden Großtrends einfach nicht gäbe. Oder, um es mit Linus von den *Peanuts* zu sagen: »No problem is so big or complicated that it can't be run away from.«

In einem für mich erstaunlichen Maße hat sich diese Mentalität während der NSA-Affäre gezeigt: Sie verdeutlichte auch gänzlich technikabgewandten Menschen, dass jede digitale Aktivität, von der E-Mail bis zum Handytelefonat, von interessierter Seite mitgelesen beziehungsweise mitgehört werden kann – und dass dies nicht nur technisch möglich ist, sondern auch wirklich geschieht. Eigentlich müsste diese Erkenntnis von orwellschem Ausmaß doch zu einer Revolution des Kommunikationsverhaltens, zu massenhafter Empörung und einer politischen Bewegung führen. Aber wir tun kollektiv weiterhin so, als gäbe es digitale Privatheit. Und im Augenblick geht das ja auch noch gut.